



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Risikogruppen vor Corona-Infektion schützen und gleichzeitig Wirtschaftskraft sowie Beschäftigung sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit der Bundesregierung unverzüglich eine tragfähige Lösung für den bestmöglichen Schutz der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Deutschland vorzulegen.

Die Versorgung der Risikogruppen mit medizinischen Gütern und Lebensmitteln ist unter Hinzuziehung von Katastrophenschutz, Gesundheitsämtern und ggf. der Bundeswehr sicherzustellen. Die Zivilbevölkerung ist damit einhergehend dazu aufzufordern, die Versorgung besonders gefährdeter Verwandter oder Bekannter bestmöglich zu unterstützen. Besuchsbeschränkungen in Pflegeheimen und Krankenhäusern sind zunächst beizubehalten, sofern sie nachweisbar dem Schutz der Patienten zuträglich sind.

Damit einhergehend wird die Staatsregierung aufgefordert, die bayerische Wirtschaft wieder hochzufahren, sobald die Maßnahmen entsprechend der ersten Forderung vollständig umgesetzt sind. Im ersten Schritt ist dabei insbesondere das produzierende Gewerbe mit Industrie, Mittelstand und Handwerk wieder vollständig zu reaktivieren.

Abschließend wird die Staatsregierung unter der Voraussetzung, dass Schutz und Versorgung der Risikogruppen bis dahin sichergestellt sind, dazu aufgefordert, die Ausgangsbeschränkungen schnellstmöglich aufzuheben.

Begründung:

Das Coronavirus hat Deutschland und den Freistaat Bayern fest im Griff. Es gelten umfassende Ausgangsbeschränkungen, die Wirtschaft ruht weitgehend. Sollte der aktuelle Zustand jedoch über mehrere Monate aufrechterhalten werden, wird die gesamte Wirtschaft irreparable Schäden erleiden. Dies würde zu einer verheerenden Welle von Unternehmensinsolvenzen und damit verbunden zu einer Massenarbeitslosigkeit ungeahnten Ausmaßes führen. Damit droht ein gesellschaftlicher Kahlschlag, wie er seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr stattgefunden hat. Dabei ist es illusorisch, dass die Regierungen die aktuellen volkswirtschaftlichen Verluste über einen längeren Zeitraum durch neue Schulden ausgleichen können. Es muss an dieser Stelle nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass eine Neuverschuldung des Staates auch eine Neuverschuldung von Wirtschaft und Bevölkerung bedeutet, weil diese als Steuerzahler die Schulden zu einem späteren Zeitpunkt begleichen müssen. Jeder weitere Tag wirtschaftlichen Stillstands führt also dazu, dass Unternehmen und Erwerbstätige neben dem Ausfall von Umsätzen bzw. Einkommen auch zunehmend verschuldet werden, denn Unternehmen und Bürger finanzieren den Staat und müssen dementsprechend für dessen Schulden aufkommen.

Deutschland und der Freistaat Bayern werden den drohenden Kollaps bestehend aus staatlich verordneter Rezession einerseits und Überschuldung andererseits nur abwenden können, wenn die Wirtschaft schnellstmöglich wieder hochgefahren wird. Aus diesem Grunde ist das bestehende System der weitgehenden Isolation der gesamten Bevölkerung nicht länger tragbar. Weil der Großteil der Bürger durch das Coronavirus nicht akut bedroht ist, müssen die bestehenden Kapazitäten daher für den Schutz der besonders gefährdeten Risikogruppen aufgewendet werden. Für diese gesamtgesellschaftliche Anstrengung sind alle vorhandenen Mittel auszuschöpfen, auch der Einsatz der Bundeswehr zur Amtshilfe ist angesichts der Lage zu erwägen.